

Neue Studie belegt versteckte Milliarden-Kosten für Kohle und Atom Greenpeace Energy: Kommende Bundesregierung muss Marktverzerrung zugunsten konventioneller Energien beenden

pv-magazine, 11. OKTOBER 2017 GREENPEACE ENERGY EG

Konventionelle Energieträger wie Kohle und Atom verursachen in diesem Jahr anderthalb mal höhere Kosten als erneuerbare Energien. Das hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag des Ökoenergieanbieters Greenpeace Energy berechnet. So betragen die versteckten Zusatzkosten, die nicht auf den Strompreis umgelegt werden, für konventionelle Energien rund 38 Milliarden Euro. Die EEG-Differenzkosten, die per Umlage auf die Verbraucher umgelegt werden, dürften 2017 hingegen mit rund 24,5 Milliarden Euro zu Buche schlagen. „Die nächste Bundesregierung muss die hohen Milliardenkosten für schmutzige und riskante Energieträger den Verursachern in Rechnung stellen, statt über eine Abschaffung des EEG zu diskutieren“, fordert Marcel Keiffenheim, Leiter Politik und Kommunikation bei Greenpeace Energy.

Für ihre Berechnungen haben die FÖS-Wissenschaftler sämtliche staatlichen Finanzhilfen, Steuerbegünstigungen sowie gesamtgesellschaftliche Belastungen durch Umwelt- oder Gesundheitsfolgen der verschiedenen Energieträger miteinander verglichen. Für Stromkunden bleiben diese Kosten intransparent, weil sie anders als die EEG-Umlage nicht auf den Strompreis aufgeschlagen werden. Stattdessen werden sie von der Gesellschaft etwa über Steuern oder Abgaben aufgebracht.

Würde man die Belastungen des Staatshaushalts sowie die externen Kosten durch konventionelle Energien nach EEG-Methode auf die Verbraucher verteilen und auf der Stromrechnung ausweisen, läge eine solche „Konventionelle-Energien-Umlage“ im Jahr 2017 bei bis zu 11,5 Cent pro Kilowattstunde. „Im kommenden Jahr dürfte die gesamtgesellschaftliche Belastung durch Kohle- und Atomkraft in einer ähnlichen Größenordnung liegen – und damit die aktuell geschätzte Höhe der EEG-Umlage ebenfalls um rund die Hälfte übersteigen“, sagt Studienautor Rupert Wronski vom FÖS.

„Dass Atom- und Kohlekraftwerke einen Gutteil der von ihnen verursachten Kosten nicht einpreisen müssen, stellt eine eklatante Marktverzerrung zu Lasten der erneuerbaren Energien, aber auch aller Verbraucherinnen und Verbraucher dar“, kritisiert Marcel Keiffenheim. Um diese Verzerrung zu korrigieren und damit allen Energieträgern gleiche Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen, empfehlen die Autoren der FÖS-Studie unter anderem, die Subventionen für klimaschädliche Energieträger zu streichen und einen nationalen Mindestpreis für CO₂-Emissionen einzuführen. „Vorerst jedoch muss die EEG-Förderung unbedingt erhalten bleiben, um die Benachteiligung der Erneuerbaren durch versteckte Kohle- und Atomsубventionen wenigstens teilweise abzumildern – und damit unterm Strich höhere Energiekosten zu verhindern“, so Keiffenheim.

Die preisliche Diskrepanz wird besonders deutlich, wenn man die Gesamtkosten für aktuelle Kraftwerksprojekte vergleicht: So betragen die Vollkosten einer Kilowattstunde Windstrom aus neuen Anlagen derzeit 4,1 bis 8,5 Cent pro Kilowattstunde und von Solarstrom 7,0 bis 12,7 Cent. Im Vergleich dazu fallen diese Kosten bei Braun- und Steinkohle mit einer Bandbreite von 13,7 bis 18,3 beziehungsweise 16,5 bis 18,9 Cent deutlich höher aus. Auch Erdgas ist mit Kosten zwischen 11,3 und 14,3 Cent teurer als Wind und Sonne. Am größten ist die Differenz zur risikobehafteten Atomenergie: Dort betragen die Vollkosten zwischen 18,7 und 47,3 Cent pro Kilowattstunde. „Müssten die Energieversorger diese Zusatzkosten der Stromerzeugung in ihrer Kostenkalkulation berücksichtigen, wären erneuerbare Energien größtenteils heute schon auch ohne Förderung wettbewerbsfähig“, so das Fazit der FÖS-Studie.

Redaktioneller Hinweis: **Die Studie „Was Strom wirklich kostet“** in der Kurz- und Langfassung sowie die wichtigsten Grafiken stehen **zum Download bereit unter www.greenpeace-energy.de/presse.html**.